

Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im Juni 2024

Biberman, Igor

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Biberman, I. (2024). Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im Juni 2024. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-94909-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Igor Biberman | Zeitschriftenschau | 28.06.2024

Aufgelesen

Die Zeitschriftenschau im Juni 2024

Am 14. Juni 2024 hat das russische Justizministerium die Liste der „unerwünschten Organisationen“ um einen Eintrag erweitert. In dem Verzeichnis werden seit 2015 internationale NGOs und Verbände geführt, die nach Ansicht der Behörde eine Bedrohung für die Verfassungsordnung der Russischen Föderation darstellen. Unter den 167 Einträgen befindet sich nun auch das *Deutsche Historische Institut* in Moskau. Nach Vorbild der Auslandsinstitute in Paris, Rom und Washington wurde die Einrichtung 2005 von der Max-Weber Stiftung ins Leben gerufen. Erklärtes Ziel war es, die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland auf dem Feld der Geschichte zu fördern. Mit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine im Februar 2022 wurde die Veranstaltungstätigkeit vonseiten des DHI Moskau eingestellt und der Besucherverkehr eingeschränkt. Nun steht auch der Wissenschaftsbetrieb vor dem Aus, da vor allem russische Angestellte und Forschende sich durch eine weitere Zusammenarbeit mit der Einrichtung strafbar machen würden. Ein Blick in das Proskriptionsverzeichnis zeigt, dass nicht nur einzelne Organisationen in Russland „unerwünscht“ sind, sondern die unabhängige und kritische Wissenschaftspraxis als Ganze. Seit diesem Jahr sind dort unter anderem die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien Berlin aufgeführt. Der Kreml hat die Bedeutung der psychologischen Kriegsführung schon lange erkannt, den Kampf um Narrative und Deutungsmuster aufgenommen. Mit ihnen muss sich auseinandersetzen, wer den Krieg und die durch ihn bedingten Transformationen verstehen will. Dabei hilft ein Blick auf aktuelle Beiträge der Osteuropaforschung.

Seit vielen Jahren befasst sich das [Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte](#) mit der Geschichtsaufarbeitung und aktuellen Entwicklungen in postkommunistischen Gesellschaften. Es wird vom Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien in Eichstätt herausgegeben und erscheint im Halbjahres-Turnus. In der aktuellen Ausgabe [„Europäische Revolutionen“](#) wendet sich der Politikwissenschaftler Felix Riefer unter dem Titel „Russlands revisionistische Außenpolitik und der Diasporakurs in Deutschland“ einer gesellschaftlichen Gruppe zu, die regelmäßig verdächtigt wird, eine russlandtreue Parallelgesellschaft gebildet zu haben.

Zuletzt wurde viel über die – sogenannten – Russlanddeutschen berichtet. Anlass dafür boten im Frühjahr 2022 pro-russische Autokorsos in Berlin, Köln und Stuttgart. Laut Riefer wäre es den Veranstalter:innen dabei nicht um Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegangen, sondern um den Protest gegen eine vermeintliche Diskriminierung russischsprachiger Menschen in Deutschland. Vieles erinnere, so der Politikwissenschaftler, an das Jahr 2016. Damals präsentierten moskaunahe Medien den „Fall Lisa“. Sie behaupteten, syrische Flüchtlinge hätten die zu dem Zeitpunkt dreizehnjährige Lisa aus einer russlanddeutschen Familie vergewaltigt. In der Folge kam es zu bundesweiten Protesten, die von dem Gefühl getragen wurden, dass „russische Menschen“ in Deutschland nicht mehr sicher seien. Auf dem Höhepunkt der Aufwiegelung nahm sich der russische Außenminister Sergej Lavrov der Sache an und unterstellte den deutschen Behörden vorsätzliche Vertuschungen. Nichts davon war wahr, aber der Vertrauensverlust unter den Russlanddeutschen blieb. Riefer sieht Anzeichen dafür, dass sich viele der damals Beteiligten inzwischen für ihre Gutgläubigkeit und Naivität schämen würden. Heute versucht der Kreml erneut an den damaligen Erfolg anzuknüpfen.

Aktuell fordert die Russische Botschaft in Berlin ihre „Landsleute“ auf, Fälle von Diskriminierung auf einer eigens eingerichteten Online-Plattform zu melden. Dass sich die russländische Föderation als Schutzmacht einer globalen Sprach- und Wertegemeinschaft inszeniert, ist nichts Neues. Schließlich diente die Mär vom Schutzauftrag für Bevölkerungsgruppen, die sich der „Russischen Welt“ zugehörig fühlten, als zentraler Legitimationsmythos für Russlands Aggression gegen die Ukraine seit 2014. Riefer rekonstruiert in seinem Beitrag, wie Moskau im Laufe der frühen Präsidentschaft Vladimir Putins das Potential erkannte, die russischsprachige Diaspora durch gezielte Agitation zu mobilisieren. Damit sollte ein wirkmächtiger Hebel geschaffen werden, um Stimmungen und Diskussionen in den europäischen Gesellschaften zu beeinflussen. Seit Putins drittem Amtsantritt im Jahr 2012 traten die autokratischen Züge des Regimes sukzessive zutage, die Auslandspropaganda gewann im außenpolitischen Repertoire seiner Herrschaft zunehmend an Bedeutung.

Wie wäre dem aus Sicht der deutschen Gesellschaft zu begegnen? Laut Riefer sei nicht zuletzt eine Sensibilisierung für die Perspektive der Russlanddeutschen wichtig. Hilfreich für eine sachliche Auseinandersetzung ist ein Blick in die Migrationsgeschichte. Oft wird angenommen, dass für Einreise mit dem Aussiedlerstatus die deutsche Abstammung den Ausschlag gab. Entscheidend war jedoch, so Riefer, das Kriegsfolgenrecht der Bundesrepublik. Darin wird eine Mitverantwortung NS-Deutschlands an der Deportation und Entrechtlichung der deutschen Minderheit in der UdSSR festgehalten, die in direkter

Folge des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Jahr 1941 einsetzte. Mit dem deutschen Einmarsch wurden alle deutschstämmigen Sowjetbürger:innen unter Kollaborationsverdacht gestellt. Am schwersten wogen die Folgen für die Autonome Republik der Wolgadeutschen. 1924 als autonomes Gebiet im Bestand der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik etabliert, galt sie über viele Jahre als bolschewistisches Vorzeigeprojekt. Die Wolgadeutschen genossen die für eine nationale Minderheit mit eigenem Gebiet üblichen kulturellen Privilegien. Auf Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 wurde die Republik zerschlagen. Die Wolgadeutschen wurden nach Sibirien und Zentralasien verschleppt, in Arbeitslagern interniert. Nach Kriegsende folgte die formale Rehabilitierung, doch auch nachdem der Kollaborationsvorwurf fallengelassen wurde, blieb die deutsche Minderheit vielfach diskriminiert, in ihrer Wohnortwahl und Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Dies sollte eine Rückkehr in die angestammten Siedlungsgebiete an der Wolga verhindern.

Das deutsche Recht sah zur „Wiedergutmachung des Kriegsfolgeschicksals“ eine Einreisemöglichkeit für die Betroffenen vor. Gefasst wurde dies häufig unter dem Begriff der „Repatriierung“, was entgegen der eigentlichen Gesetzesgrundlage eine Rückführung nach dem Abstammungsprinzip suggeriert (S. 110 f.). Bis zur Liberalisierung des sowjetischen Ausreiserechts im Jahr 1987 blieb es für die Russlanddeutschen ohnehin nur in Einzelfällen möglich, von dem Anspruch Gebrauch zu machen. Als der Andrang an Einreisewilligen um 1990 anstieg, bemühte sich die Bundesregierung ihrerseits, die Zahl der Einreiseberechtigten mit dem *Kriegsfolgenbereinigungsgesetz* einzuschränken. Parallel dazu wurden die diplomatischen Bemühungen intensiviert, um die rechtliche Lage der in Russland verbleibenden Deutschen zu verbessern. Deren wichtigster Erfolg war der von Boris El'cin unterzeichnete Erlass „Über sofortige Maßnahmen zur Rehabilitation der Russlanddeutschen“ (S. 121 f.). Der Erlass stellte auch eine Gebietsentschädigung in Aussicht, zwar nicht in der angestammten Region um Saratov, wohl aber im südlich angrenzenden Oblast Volgograd.

Riefers Exkurs in die Geschichte zeigt, dass das Kollektivschicksal der deutschen Minderheit in der Sowjetunion von Repressionen geprägt war. Während sich der russische Staat mittlerweile als Fürsprecher der Aussiedler:innen inszeniert, hat Putin die in El'cins Präsidialerlass festgehaltenen – jedoch niemals umgesetzten – Gebietsansprüche 2016 wieder annulliert. Diesen Widerspruch gelte es, so Riefer, in den aktuellen Debatten um das Thema im Hinterkopf behalten. Putins gegenwärtiger Diasporakurs verdeutlicht für den Politikwissenschaftler neben anderen Entwicklungen, dass sich in Russland spätestens seit dem direkten Angriff im Februar 2022 auf die Ukraine der Übergang von einer „Diktatur

der Täuschung“ zu einer „Diktatur der Gewalt“ (S. 120) vollzogen hat.

Ein Schlaglicht auf Gewalt und Unterdrückung in [„Russlands Umlaufbahn“](#) wirft die Juniausgabe der Zeitschrift *Osteuropa*. Herausgegeben wird das Heft von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Der Verein steht seit dem Frühjahr 2024 ebenfalls auf der Liste der unerwünschten Organisationen. Mehrere Beiträge des aktuellen *Osteuropa*-Heftes sind Aleksej Naval’nyj gewidmet. Naval’nyj trat in der russischen Öffentlichkeit über mehrere Jahre als Lokalpolitiker und verhinderter Präsidentschaftskandidat in Erscheinung, gründete 2012 eine Stiftung zur Korruptionsbekämpfung und veröffentlichte Videos über die milliarden schweren Korruptionsgeschäfte im direkten Umfeld Putins. Über die sozialen Netzwerke erreichte Naval’nyjs Initiative ein Millionenpublikum in Russland wie international. Naval’nyj verstarb am 16. Februar 2024 in einer russischen Haftanstalt. Der Slawist und Kulturhistoriker Wolfgang Stephan Kissel blickt in seinem Beitrag auf die Beerdigung des charismatischen Oppositionsführers und deutet Naval’nyjs Begräbnis als gesellschaftliche Zäsur. Es war, wie Kissel überzeugend darlegt, das erste „öffentliche Begräbnis“ (S. 151) seit dem Zerfall der UdSSR. In der Herrschaftsrepräsentation des Zarenreiches wie auch der UdSSR waren die Beerdigungen der Staatsoberhäupter zentrale Ereignisse mit feststehenden Abläufen, die den Nachfolgern symbolisch Legitimität verschaffen sollten.

Daher bargen aus Sicht der Mächtigen Beerdigungen prominenter Dissidenten stets großes Unruhepotential. Inmitten des spontanen und schwerkontrollierbaren Andranges zu den Trauerfeierlichkeiten für Abweichler und Unruhestifter drohten Räume geöffnet zu werden für „Bekundungen gesellschaftlichen und politischen Protests [...], der sich anders nicht hätte Ausdruck verschaffen können“ (S. 141). Kundgebungen des Unmuts wurden auf verschiedene Weise die Grablegungen Aleksandr Puškins (1837), Fedor Dostoevskijs (1881) und Lev Tolstojs (1910) – und später in der Sowjetunion etwa die Beisetzungen des Dichters Vladimir Majakovskij (1930) und des Sängers Vladimir Vysockij (1986). Die Überblicksdarstellung des Kulturhistorikers informiert auch über das Repertoire der staatlichen Kontrollmechanismen, mit denen die Behörden versuchten, die gefährliche Lage zu entschärfen und ihrer Herr zu werden. An erster Stelle galt es, den Andrang der Trauernden zu steuern. Auch der zeitliche Rahmen wurde reguliert, der Ort der Beisetzung strategisch festgesetzt. Die Polizei war stets mit hoher Mannstärke vor Ort, griff punktuell ins Geschehen ein und tat alles, um den Eindruck eines momentanen Machtvakuum zu unterbinden. Die Trauernden wiederum versuchten ihrerseits, den festgesetzten Ablauf für ihre Zwecke zu verändern und Räume für gesellschaftspolitische Kundgebungen zu öffnen.

Die letzte, von überwältigender öffentlicher Anteilnahme begleitete Beerdigung unter dem sowjetischen System war die des Nobelpreisträgers Andrej Sacharow (1989). Der gesellschaftliche Druck auf die Staatsspitze, das Andenken des Menschenrechtlers zu wahren, habe laut Kissel letztendlich auch die Legalisierung der Organisation *Memorial* begünstigt.

Naval'nyjs Beerdigung fand unter veränderten Vorzeichen statt. Putins Herrschaftssystem inszeniert sich selbst als Schutzpatron christlicher Werte und Weltvorstellungen. Naval'nyj hatte sich mehrfach öffentlich zu seinem Glauben bekannt, auch wenn er die Institutionen der Russischen Orthodoxen Kirche aufgrund ihrer Nähe zum System (S. 152) kritisierte. Unter diesen Umständen konnte der Machtapparat einem gläubigen Christen die Beerdigung gemäß dem orthodoxen Ritus nicht versagen. Der Leichnam wurde nach tagelanger Blockade der Gefängnisbehörde schließlich an die Familie ausgehändigt. Fortan fungierten auch die Instanzen der Kirche als verlängerter Arm des Staates, auf die Angehörigen wurde Druck ausgeübt. Die Trauerfeier verlegte man in eine kleine Kirche im Südosten Moskaus, die Litanei wurde stark verkürzt. Dies verhinderte, dass eine größere Zahl an Anteilnehmenden am offenen Sarg des Oppositionellen Abschied nehmen konnte, zumal Sicherheitskräfte den Einlass in die Kirche selektiv beschränkten. Dennoch seien, schreibt Kissel, die Behörden von einem überbordenden Andrang überrumpelt worden. Die Trauernden formierten sich bereits vor der Kirche zu einem Trauerzug zum Borisovo-Friedhof. Einschüchterungsversuchen und dem massiven Polizeiaufgebot zum Trotz wurden aus der Menge regimekritische Parolen und Losungen gegen den Krieg skandiert, wodurch die Naval'nyj-Anhänger:innen die Deutungshoheit über das Geschehen erlangten und den religiösen Rahmen politisierten. Während die Regierungsmedien das Ereignis verschwiegen, berichteten zahlreiche, im Ausland ansässige Oppositionsplattformen mithilfe örtlicher Korrespondent:innen. Dabei erfüllten Kanäle wie *Meduza* und *Dozhd* auch eine Koordinierungsfunktion, sie veröffentlichten bereits vor dem Tag der Beerdigung Leitfäden für „richtiges“ Verhalten.

Am Ende des Aufsatzes über Naval'nyjs Beerdigung steht die Fotografie eines Gedenksteins für die Opfer des sowjetischen Arbeitslagers Jagrinlag in Severodvinsk (S. 157). Zwischen Blumen und roten Nelken ist ein gerahmtes Portrait von Naval'nyj aufgestellt. Aleksej Naval'nyj verstarb unter ungeklärten Umständen in der Strafkolonie „Polarwolf“. Auf dem Gebiet der nahegelegenen Ortschaft Salechad befand sich bis 1954 bereits ein Arbeitslager der sowjetischen Lagerverwaltung. Das Vorkutlag, eines der größten sowjetischen Lager für politische Gefangene, befand sich lediglich 100 Kilometer in westlicher Richtung gelegen – in der Weite der russischen Polarkreiswüste eine marginale Entfernung. Die Erinnerung an

die Opfer sowjetischer Repression und staatlicher Willkür bleibt in Russland auch 30 Jahre nach Sacharovs Tod politisch brisant. Die wichtigsten Zweigstellen Memorials sind im Winter 2021 von den Behörden liquidiert worden, der Dachverband steht seitdem auf Platz 157 der Liste der „unerwünschten Organisationen“. Indem Trauernde um Naval'nyj weit abseits der Hauptstadt – wie im genannten Fall im Oblast Archangelsk und an unzähligen anderen Orten in Russland – die Gedenkstätten der stalinistischen Repression aufsuchten, reihten sie den prominenten Oppositionspolitiker in die Riege der Millionen Opfer des Staatsterrors ein. Und sie verliehen dem Oppositionscredo „Niemals vergessen“, das auf dem Trauerzug zum Borisovo-Friedhof mehrfach skandiert wurde, eine politisch aktuelle Bedeutung.

„Auch nach dem Tod eine Gefahr für das Imperium.“¹ So betitelt der Autor Mychailo Drapak seinen Artikel über das Ringen zwischen zarischen Behörden und Anhänger:innen um die Bestattung des ukrainischen Schriftstellers Taras Ševčenko. Der Beitrag erschien am 22. Mai 2022 im Onlineformat der ukrainischen Hybrid-Zeitschrift *Lokal'na Istorija*. Die Redaktion mit Sitz in L'viv (Lemberg) widmet sich historischen und gegenwartsbezogenen Fragen und gibt monatlich ein Themenheft heraus. Die aktuelle [Printausgabe \(Juni 2024\)](#) ist der kulturhistorischen Bedeutung der Krim für die Ukraine gewidmet.

Während wohl jeder von Aleksandr Puškin gehört hat, ist Taras Ševčenko dem deutschen Publikum weitgehend unbekannt.² Übersetzte Werksausgaben sucht man im Verlagsprogramm hierzulande vergeblich. Das neu erwachte Interesse an ukrainischer Geschichte und Kultur hat daran bislang wenig geändert. Für die Ukrainer:innen ist eine Auseinandersetzung mit Ševčenkos Oeuvre heute, da fast täglich Bibliotheken, Theater und Schulen beschossen und in besetzten Gebieten Lehrbücher konfisziert und vernichtet werden, ein wichtiger Ausdruck ihrer kulturellen Eigenständigkeit, die Russland mit seinem Eroberungskrieg zu eliminieren versucht.

„Wenn Sie diese Zeilen gelesen haben, werden Sie, so hoffe ich, jenes Gefühl nachvollziehen können, von dem mein Herz erbebt und meine Hand erzittert,“ schrieb Ševčenko am 18. Februar 1860 in einer autobiografischen Notiz an den Verleger der Petersburger Literaturzeitschrift *Narodnoe čtenija*.³ Sein Lebensweg dient in neueren Darstellungen häufig als Sinnbild der ukrainischen Kollektiverfahrung im Russischen Reich des 19. Jahrhunderts. 1814 als Sohn eines Bauern in der Nähe von Kyiv in die Leibeigenschaft hineingeboren, war der Dichter zeit seines Lebens unfrei. Der Gutsbesitzer hielt sich den im Zeichnen begabten Heranwachsenden als ‚Hofmaler‘ und ließ ihn seine Affären porträtieren. Dank einflussreicher Förderer, die das Talent des jungen Künstlers und

Lyriker erkannt, wurde er im Jahr 1838 freigekauft, später aufgrund seiner angeblichen Nähe zu demokratischen Kreisen in einer Kaserne gefangen gehalten, dann verbannt und zeitweilig mit Schreibverboten belegt. Taras Ševčenko brachte seinen Freiheitsdrang in ukrainischer Sprache zu Papier. Er ist der ukrainische Klassiker schlechthin. Viel ist über den Antisemitismus des Dichters diskutiert worden. Kritiker:innen verweisen auf einzelne Verse, andere nennen einen in scharfem Ton abgefassten Offenen Brief aus Ševčenkos späteren Lebensjahren, in dem er judenfeindliche Pogrome im Westen des Zarenreiches verurteilte. Auf dem Euromaidan verlasen die jungen Protestierenden 2013/14 seine Gedichte. Damit begann eine neue, nicht mehr von sowjetischen Konventionen geprägte Ševčenko-Verehrung.

Mychailo Drapak beginnt seinen Aufsatz mit einer Schilderung der letzten Lebenstage des Dichters. Nachdem sich sein Gesundheitszustand stetig verschlechterte, verstarb Ševčenko am Abend des 8. März 1861 in seinem Petersburger Atelier. Obwohl er hier einen weiten Kreis am Führersprechen hatte, war der Literat und Künstler in seinem russischen Exil fernab der Heimat de facto ein „politischer Gefangener.“ Am selben Abend versammelte sich in einer nahegelegenen Privatwohnung eine Gruppe von Unterstützern, die einen subversiven Plan schmiedete, um das Andenken an den Dichter zu ehren: Eine Stiftung sollte eingerichtet, Schulen finanziert, eine heranwachsende Generation an Akademikern gefördert werden. Zuallererst jedoch galt es, die sterblichen Überreste gegen alle Widerstände der Obrigkeit in Ševčenkos Heimat zu überführen.

In den folgenden Tagen wurde der Leichnam in der Petersburger Katharinenkirche aufgebahrt. Am Tag der von Amtswegen festgesetzten Beerdigung versammelte sich eine große Trauergemeinde. Nicht alle fanden in der Kirche Platz. Die Stimmung war aufgeheizt. Auf die Versuche der Geistlichen hin, den Sarg zu verschließen, kam es zu Handgreiflichkeiten. Es wurden Reden auf Ukrainisch, Polnisch und Russisch gehalten, viele Anhänger:innen der demokratischen Bewegung hatten sich eingefunden. Die kirchliche Andacht wurde, so Drapak, nach und nach zu einer säkularen. In Anlehnung an die Traditionen der zerschlagenen ukrainischen Kosakenhetmanate spannten die Anwesenden ein rotes Tuch über den Sarg. Schließlich brach der Leichenzug auf, durch dichtes Schneegestöber hin zum Smolenskoe-Friedhof. Auf seinem Weg von der Dvorzovij-zur Nikolaevskij- (heute Blagoveščenskij-) Brücke passierte er das Zentrum der imperialen Herrschaft. Weitere Reden auf dem Friedhof verzögerten das Hinablassen des Sarges, bis die Gendarmerie nach der vierten Rede durchgriff und weitere Wortmeldungen untersagte. Ševčenkos Freunde konnten jedoch durchsetzen, dass der Sarg in eine Bleihülle gebettet wurde, was die spätere Umlegung erleichtern sollte.

Derweil verbreitete sich in der Ukraine die Nachricht vom Tod des Dichters. Es wurden lokale Trauergottesdienste organisiert. Teilweise versuchten die Behörden den Andachten einen Riegel vorzuschieben. In Poltava etwa verboten sie in letzter Minute die geplante Zeremonie in der Katharinenkathedrale, sodass die Trauernden in eine kleine, entlegene Kirche ausweichen mussten.

Schließlich konnten Ševčenkos Freunde in Petersburg eine Genehmigung für die Überführung des Leichnams nach Kyiv erwirken. Die sterblichen Überreste des Dichters wurden am 3. Mai 1861 exhumiert und mit dem Zug nach Moskau verfrachtet. Dort wurde der Sarg auf eine Postkutsche verladen. Der Weg nach Südwesten verlief über mehrere Stationen, darunter die Kleinstadt Orel im heutigen Grenzgebiet Belgorod. Hier wurde das Gespann von einer Prozession, angeführt vom Schriftsteller Pavel Jakušin, erwartet. Der Tross folgte dem Sarg, eine Kapelle spielte ukrainische Volkslieder. Elf Tage nach der Exhumierung traf Ševčenkos Leichnam – nach Verzögerungen durch die lokale Administration – in Kyiv ein. Abermals sammelten sich unzählige Menschen auf den Straßen zu einem Leichenzug, der zur Totenmesse in der Christi-Geburtskathedrale aufbrach.

Die Behörden wollten weitere Menschaufläufe um jeden Preis unterbunden wissen. Für den Weitertransport zu seiner letzten Ruhestätte wurde der Leichnam deshalb auf einen Flussdampfer gebracht. Die Familie hatte im Einklang mit dem letzten Willen Ševčenkos auf eine Beisetzung auf dem Mönchsberg in der Nähe des Provinzstädtchens Kaniv gedrängt. Von dort aus bot sich ein Blick auf den Dnjepr und weit darüber hinaus. Am 22. Mai 1861 wurde Ševčenko hier nach ukrainisch-kosakischem Brauch zu Grabe getragen.

Die Umstände von Ševčenkos Umbettung haben maßgeblich zur Popularisierung Ševčenkos und zur mythischen Überhöhung seiner Person beigetragen. Laut Drapak hätte die örtliche Bevölkerung schon bald begonnen, zum Grab des Literaten zu pilgern und ihn wie einen Heiligen zu verehren. In Kyiv machten derweil Legenden die Runde, man habe den Dichter auf einem Kometen vom Himmel fahren sehen, er würde unter dem einfachen Volk wandeln, Schnaps ausschenken und Jagd auf die Mächtigen machen. Die größte Gefahr für das Zarenreich bargen aber nach wie vor Ševčenkos Schriften. Ein Großteil der ländlichen Bevölkerung konnte kaum lesen, wussten nun aber „ihren“ Dichter unter sich, seine Verse wurden mündlich überliefert.

Am 9. März 2014 jährte sich Taras Ševčenkos Geburtstag zum 200. Mal. Zu diesem Anlass wurde in Simferopol‘ auf der Krim eine Kundgebung am Denkmal des Dichters angemeldet

– nur wenige Tage nachdem Russische Spezialkräfte mit der Eroberung der Halbinsel begonnen hatten. Rund 1000 Menschen mit Gelb-Blauen Fahnen kamen zur Kundgebung – und demonstrierten unerschrocken für die Territoriale Einheit der Ukraine.⁴

Endnoten

1. Mychajlo Drapak, [Zahroza dlja imperiji navit pislja smerti. Jak perepohovaly Ševčenka](#), in: Lokal'na Istorija, 22.5.2024 (16.6.2024) [Meine Übersetzung, I.B.].
2. Vgl. hierzu Andreas Kappeler, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2017.
3. Taras Ševčenko, [Pis'mo T. G. Ševčenka k redaktoru Narodnogo čtenija](#), in: [taras-shevchenko.com.ua](#) (19.6.2024) [Meine Übersetzung, I.B.].
4. Andrej Dubčak / Volodimir Pritula, [Soprotivlenie Kryma, 2014 god: Miting v Simferopole, posvjaščennyj 200-letiju so dnja roždenija Ševčenko](#), in: Radio Freedom, 9.3.2024 (24.6.2024).

Igor Biberman

Igor Biberman ist Historiker. Er arbeitet als Volontär in der Redaktion der Zeitschrift Mittelweg 36 und des Internetportals Soziopolis am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Jens Bisky.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/aufgelesen/juni2024.html>